



## Bad Freienwalde ist bunt – Kommt 3. Juni zum Markt!

Bereits das dritte Jahr in Folge findet am 3. Juni ab 12 Uhr auf dem Marktplatz in Bad Freienwalde die Kundgebung „Bad Freienwalde ist bunt“ statt. In diesem Jahr soll es vor allem um Alltagsdiskriminierung gehen, das heißt, um die Benachteiligungen und Verurteilungen von einzelnen Personen oder Gruppen. Gründe dafür können Herkunft, Geschlecht, Einkommen, Wohnort, Bildung, Alter, körperliche oder geistige Einschränkungen oder sexuelle Orientierung sein. Sie können dazu führen, dass Menschen schlechtere Chancen bei der Wohnungs- und Jobsuche haben, dass sie in

einem Geschäft oder auf einem Amt schlecht behandelt werden oder dass sie in bestimmte Räume nicht kommen, weil Fahrstuhl oder Rampe fehlen. Es gibt miese Sprüche, gewalttätige Übergriffe auf der Straße oder Mobbing und Gewalt in der Schule.

Unsere Kundgebung soll dazu beitragen, Alltagsdiskriminierungen in Bad Freienwalde sichtbar zu machen. Wir können Erfahrungen teilen und Perspektiven kennenlernen. Vereine, Parteien, Initiativen und auch einzelne Personen stellen sich an Infoständen und in Redebeiträgen vor. Der Verein „Wir packen's an“ wird

Kleiderspenden annehmen.

Das Jugendorchester Bad Freienwalde, Janoma & the Background of Empress sowie Matondo werden für die richtige Stimmung sorgen.

Wir haben uns vor zwei Jahren im Bündnis „Bad Freienwalde ist bunt“ zusammengefunden und sind etwa 30 Leute mit ganz unterschiedlichen Hintergründen. Die LINKE MOL ist von Beginn an dabei. Wir organisieren gemeinsam Veranstaltungen und Kundgebungen für eine vielfältige Gesellschaft und eine lebenswerte Stadt für alle.

*Karin Klinger*

**DIE LINKE auf  
Wahlkurs 2024**

**Seite 2**

**Erkundungen in  
Freienwalde**

**Seite 3**

**Rechte Gewalt  
dokumentiert**

**Seite 4**

**Kujat über  
Ukraine-Krieg**

**Seite 7**

## ◀ Linke vor Ort

# Landesparteitag rief zur Geschlossenheit auf Lebensverhältnisse bestimmen LINKEN-Wahlkampf 2024



Foto: R. Adolph

Geschlossenheit, das ist wohl das am meisten verwendete Wort auf dem Landesparteitag der LINKEN Brandenburg in Ludwigsfelde am 22. April. Hier treffen sich 114 Delegierte, denen es Herzenssache ist, sich für eine starke LINKE und bessere Lebensverhältnisse zu engagieren, anstatt sich einer zerstörenden Selbstbeschäftigung zu widmen. Viele kennen sich aus zahlreichen gemeinsamen Aktionen, begrüßen und umarmen sich herzlich, auch wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt. Angesichts der existenziellen Krise der Partei hatten auch kurz zuvor namhafte LINKE wie Gysi und Bartsch in einem Appell die Partei mahnend

zur Geschlossenheit aufgerufen. Sie sollte sich auf ihre wirklichen Aufgaben konzentrieren.

Der Landesvorsitzende Sebastian Walter unterstreicht in seiner Rede, wie wichtig die Partei in dieser kapitalistischen Gesellschaft ist. Die Landesregierung

habe sich zum Beispiel angesichts massiver Preissteigerungen im zurückliegenden Herbst erst durch den Druck der Straße eines breiten Bündnisses der LINKEN zusammen mit Gewerkschaften, AWO, Mieterverbänden und weiteren Vereinigungen zu Ausgleichszahlungen bereit erklärt. Jedes 5. Kind in Brandenburg wachse in Armut auf. Deshalb werde DIE LINKE eine Volksinitiative für kostenfreies Schulessen starten. Wenn Milliarden für Aufrüstung und Autobahnen da seien, mangle es offensichtlich nicht am Geld, sondern am Willen der Bundesregierung für eine Kindergrundsicherung. Hier werde DIE LINKE

gebraucht, so Walter.

Auch in den lebhaften Diskussionsbeiträgen wird betont, dass die Interessen der Menschen, der Kampf gegen Armut und für Frieden im Mittelpunkt stehen müssen. Von einzelnen Rednern wird die Verweigerungshaltung der Parteispitze zur Friedensdemo am 25. Februar kritisiert. Sehr viele LINKE, auch aus Märkisch-Oderland, hatten dennoch an der Großkundgebung teilgenommen.

Auf dem Parteitag wird zudem ein hoffnungsvoller neuer Stellvertreter gewählt. Christopher Neumann, Dipl.-Betriebswirt aus Cottbus, hält eine ausdrucksstarke Rede. Der 34-Jährige führt den Kreisverband Lausitz, ist Geschäftsführer seiner Stadtfraktion und Wahlkreismitarbeiter der Landtagsabgeordneten Anke Schwarzenberg.

Außerdem beschließen die Delegierten einen Leitantrag mit thematischen Leitlinien zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024. Darin werden u. a. kostenfreie Schülerbeförderung und Beitragsfreiheit für Kitas in Brandenburg gefordert.

*Renate Adolph*

## Kommunal-, Landtags- und Europawahlen 2024

Den Auftakt des Wahlmarathons 2024 bilden die Europa- und Kommunalwahlen voraussichtlich am 7. Juni. Am 22. September wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt.

Der Eine oder der Andere strebt das erste Mal ein Mandat an. Manche brauchen einen kleinen Schubs, um darüber nachzudenken. Für die Europawahlen ist die Kandidatensuche in unserer Partei schon weit vorangeschritten. In den Städten, Gemeinden, Orts-

teilen und im Kreistag stehen wir oft noch am Anfang. Starke Listen unserer Partei werden traditionell durch Nichtmitglieder ergänzt. Sprechen wir mit unseren Mitgliedern sowie mit Bürger\*innen, die uns inhaltlich und praktisch begleiten, über eine Kandidatur!

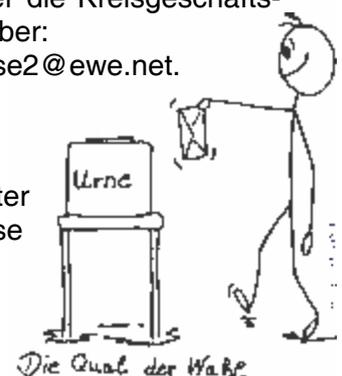
Für die Koordinierung und für gute Ideen sind wir dabei, ein Wahlaktiv im Kreisverband zu bilden. Als Kreiswahlleiter werde ich auch in dieser Hinsicht mit einigen Genoss\*innen sprechen. Unab-

hängig davon kann jedes Mitglied seine Hilfe anbieten. Ich bin erreichbar über die Kreisgeschäftsstelle oder über:

Bernd.Sachse2@ewe.net.

Auf geht's!

Euer  
Kreiswahlleiter  
Bernd Sachse



## ◀ Linke vor Ort

### Energiepark, Oderland-Museum, Stadtbrücke

#### Linksfraktion des Kreistages unterwegs in Bad Freienwalde

Schon der herrliche Blick aus den großen Fenstern der ausgebauten ehemaligen LPG-Kantine in Altglietzen hinab ins weite Oderbruch lohnt sich. Hierher sind die Mitglieder der Linksfraktion des Kreistages am 6. Mai gekommen. Traditionell wollen sie sich bei ihren Beratungen in verschiedenen Orten Märkisch-Oderlands von konkreten Gegebenheiten und Aufgaben ein Bild machen.

Altglietzen ist ein Ortsteil von Bad Freienwalde und deshalb ist auch Vera Wesener dabei. Sie gehört seit vielen Jahren der Stadtverordnetenversammlung an und berichtet über aktuelle Themen der Fraktion DIE LINKE. Dabei geht es zum Beispiel um den Flächennutzungsplan. Im Ortsteil Hohensaaten soll ein Energiepark mit Windrädern und Solaranlagen entstehen. Dietmar Barkusky, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss des Kreistages, mahnt an, den Erhalt von Ackerflächen in die Entscheidung einfließen zu lassen, denn Ernährungssicherheit müsse weiterhin gesichert werden. Mario Eska aus Neuhardenberg schlägt vor, die Flächen sowohl für das Eine als auch für das Andere gemeinsam zu nutzen. Bewerber von Gewerbegebieten

könnten zudem verpflichtet werden, die Anwohner finanziell an Gewinnen zu beteiligen.

Die Stadtverordnete informiert außerdem darüber, dass sich das Oderland-Museum Altranft u. a. mit seiner Präsentation des einmaligen Wassersystems im Oderbruch sehr gut entwickelt hat und die Besucherzahlen angestiegen sind. Der Landkreis hatte als Eigentümer

Brücke für die Stadt der Erhalt ihres Kurstatusse gefährdet war, so Vera Wesener. Eine hauchdünne Mehrheit des Stadtparlaments habe sich für den Abriss entschieden, der sich nun in der Bauplanung befindet. Insgesamt müsse die Stadt voraussichtlich fast 2 Millionen Euro beisteuern, damit der Abriss mit anschließendem Bau eines Kreisverkehrs samt B158-Weiterführung



Foto: R. Adolph

zusammen mit Bad Freienwalde von 2016 – 2020 einen Neuanfang des Museums im Rahmen einer fünfjährigen Förderung durch die Kulturstiftung des Bundes finanziell unterstützt.

Des Weiteren habe Freienwalde eine langwierige Diskussion über den Rückbau der Stadtbrücke hinter sich, da mit der 1973 gebauten

erfolgen könne. Die Gesamtkosten könnten sich auf rund 13 Millionen Euro belaufen. Den Löwenanteil soll der Bund übernehmen.

Zudem diskutierten die Kreistagsabgeordneten u. a. erneut über eine kostenfreie Schülerbeförderung und kürzere Fahrzeiten für Schüler in MOL.

Renate Adolph

### Grillnachmittag mit Fritz Viertel

LINKE aus Hoppegarten treffen sich in letzter Zeit des Öfteren zum gemeinsamen Reden bei Kaffee und Kuchen. Vieles bewegt aktuell die Genos\*innen. Anfang Mai grillen sie zusammen und haben sich dazu auch Mitstreiter\*innen aus Neuenhagen sowie Fritz Viertel aus Schöneiche (LOS) eingeladen. Die drei Nachbargemeinden gehören zum Wahlkreis 31 bei Landtagswahlen, die im Septem-

ber 2024 wieder anstehen. Fritz Viertel möchte hier für den Landtag kandidieren. Er ist als aktiver Kommunalpolitiker gut bekannt. Der 31-Jährige gehört seit 2014 der Gemeindevertretung Schöneiche an und führt die Linksfraktion seit vier Jahren. Darüber hinaus leitete er den Ortsverband. Er arbeitete in der Bundes-AG Kommunalpolitik der LINKEN und engagiert sich im Verkehrsclub

Deutschland (VCD) besonders für Fahrrad und Straßenbahn, die er oft zwischen Rüdersdorf und Friedrichshagen selbst lenkt. Er ist für die Linksfraktion im Landtag als Referent für Wohnungs- und Verkehrspolitik tätig. Studiert hat Fritz Viertel Geschichte und Sozialwissenschaften. Die Genos\*innen sind sehr angetan von seinem Wirken und befürworten seine Kandidatur. **r. a.**

## ◀ Zeitzeugen

# Alarmierende Chronik rechter Vorfälle 2022

## Hohen Zahlen in Märkisch-Oderland bleiben Normalzustand

Als Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland (BORg) dokumentieren wir jedes Jahr rechte Vorfälle im Landkreis und werten diese aus. Die Chronik aus 2022 ist im April erschienen. Insgesamt haben wir **193 Vorfälle** registriert, die von Stickern bis zu Angriffen reichen. Damit stagniert die Zahl auf einem gleichbleibend hohen Niveau im Vergleich zu den Vorjahren.

Unter rechte Vorfälle fassen wir alles, was mit einem rechten ideologischen Bezug passiert, unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz. Das unterscheidet unsere Chronik von polizeilichen Statistiken und auch vom Monitoring der Opferperspektive, die vor allem Gewalttaten und schwere Bedrohungen aufnehmen. Dies ermöglicht ein detailliertes Lagebild und in manchen Fällen auch ein Frühwarnsystem, denn da wo rechte Vorfälle passieren, sind auch rechte Akteur\*innen. Neben Landtagsanfragen, Polizeimeldungen und Presseartikeln stellen die Hauptquelle für die Chronik Meldungen von Einzelpersonen dar. Melden Sie rechte Vorfälle wie Sticker oder diskriminierende Situationen an uns, wenn Sie welche bemerken!

Im Jahr 2022 haben wir **8 Angriffe** aufgenommen. Die meisten davon waren rassistisch und passierten in Alltagssituationen wie beim Einkaufen oder am Bus. Dies macht sie unberechenbar und die Bedrohungslage für potenziell von rechter Gewalt Betroffene zu einem Dauerzustand.

Außerdem haben wir **81 Propaganda-Vorfälle** aufgenommen. Rechte Sticker sind vor allem in der S5-Region sehr präsent und dienen als rechte Raummarkie-

rung, die heißen soll: „Das ist unser Gebiet, du bist hier nicht willkommen“. Die Motive sind vor allem in Hooligan-Manier gehalten und wenden sich zunehmend gegen queere Menschen und Menschen aus der LGBTIQ+ Community. Die Sticker zeigen auch, dass sich rechte Strukturen und Akteure wie die Partei „Der III. Weg“ zunehmend in der Region verankern.

**38 Vorfälle von Bedrohungen**, Beleidigungen und Pöbeleien machen die zweithöchste Vorfallart aus. Hier haben wir eine deutliche Steigerung zum Jahr zuvor.

Von den **25 Sachbeschädigungen** sind allein 19 Hakenkreuzschmierereien aufgeführt.

Mit **25 Veranstaltungen** 2022 gegenüber 92 in 2021 haben wir einen deutlichen Rückgang festgestellt. Dies hängt vor allem mit dem fehlenden Wahlkampf zusammen und damit, dass die AfD in Wriezen 2021 wöchentlich Kundgebungen abhielt, die 2022 ausblieben. Die Qualität der Veranstaltungen gibt aber Grund zur Sorge. So traf sich mit dem „Idearium-Netzwerk“ der Flügelnachfolger der AfD in Hoppegar-

ten im Ortsteil Hönow; die älteste Berliner Nazi-Gruppe, die „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ feierte ihr 40-jähriges Bestehen in Altlandsberg; und der Motorradclub „Odins Raben“ organisierte in Müncheberg ein Rechtsrockkonzert.

Zusätzlich registrierten wir **16 „Störungen des öffentlichen Friedens“**, Vorfälle wie die aus der Polizeistatistik keiner Vorfallart direkt zuzuordnen sind.

Unsere Chronik ist online und als Druckexemplar verfügbar. Hier gehen wir noch detaillierter auf die Vorfälle ein und werten diese auch nach Inhalt und räumlicher Verteilung aus. Außerdem befinden sich hier Hintergrundartikel zu rechten Strukturen, Veranstaltungen und Stickern sowie zu unserer Gedenkarbeit an die drei Todesopfer rechter Gewalt im Landkreis.

Sie finden uns beim Alternativen Jugendprojekt 1260 e.V. in der Peter-Göring-Straße 25 in 15344 Strausberg, ag-borg@horte-srb.de, Telegram @AG\_BORg, www.horte-srb.de.

*AG Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Strausberg/Märkisch-Oderland Alternatives Jugendprojekt 1260 e.V*



Foto: R. Adolph

**Protest gegen eine AfD-Veranstaltung im April in Hoppegarten**

## ◀ Zeitzeugen

### Brandenburg ist keine „no go Area“

Zu der rassistischen Beleidigung von Berliner Schüler\*innen in einem Ferienanlager in Südbrandenburg, erklären der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg Sebastian Walter und die bildungspolitische Sprecherin Kathrin Dannenberg: „Es ist absolut inakzeptabel, dass Berliner Schüler\*innen offenbar von Brandenburger rechtsradikalen Jugendlichen massiv bedroht werden. Brandenburg muss sich die Karten legen, warum rechtsextremistisch geprägte Vorfälle

plötzlich wieder so gehäuft auftreten. Deshalb brauchen wir keine politische Rhetorik im Sinne `Das Boot ist voll`. Das heißt die politische Situation nur weiter an. Klare Haltung zeigen und deutlich machen: Rechtsextremismus darf in unserem Bundesland nicht alltäglich werden. Das ist die Devise.“, so Walter.

Dannenberg unterstreicht: „Wir müssen zeigen: Brandenburg ist keine „no go Area. Dafür stehen zu viele Menschen, Schulen, Vereine und Träger von Einrich-

tung mit eigenem Handeln für Weltoffenheit, Demokratie und Begegnung von Menschen. An den Vorfällen beteiligte Jugendlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Zugleich ist zu prüfen, ob wir landesweit nicht nur Schulen, sondern auch Jugendbildungs- und Erholungseinrichtungen im Umgang mit rechtsextremistischen Vorfällen sowie der Verbreitung von rechtsextremen Symbolen, Schriften, Musiktiteln und Gewalt stärken müssen.“

### 8. Mai – Tag der Befreiung vom Faschismus Deutschland sollte Friedensrolle übernehmen

„Deutschland sollte eine Führungsrolle für Frieden übernehmen. Dazu stehe es angesichts seiner Geschichte in der Verantwortung. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Das forderte der Fraktions- und Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Sebastian Walter, auf einer Gedenkveranstaltung der Partei am 8. Mai in der Gedenkstätte Seelower Höhen.

So wie in Seelow erinnerten in zahlreichen Städten und Gemeinden viele Menschen an den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus vor 78 Jahren. Das vielfältige Gedenken an die unzähligen Opfer wurde überschattet vom russischen Krieg gegen die Ukraine. Dennoch galt allen Soldaten der Roten Armee und der alliierten Armeen Dank für ihre großen Opfer für ein Ende des Zweiten Weltkrieges. Ehrendes Gedenken an Gräbern gefallener Sowjetsoldaten galt zugleich den rund 60 Millionen Opfern des von Hitlerdeutschland entbrannten verheerenden Weltkrieges.



Foto: R. Adolph

Am OdF Ehrenhain in Strausberg hob Wolfram Wetzig von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA) die besondere Dankbarkeit für die Soldat\*innen der Roten Armee hervor, die auf dem Weg nach Berlin im April 1945 auch Strausberg befreiten.

Kira Güttinger vom VVN-BdA untersticht: „Wir erneuern an diesem Tag nicht nur unsere Forderung, dass der 8. Mai endlich Feiertag wird, sondern verleihen auch unserer Freude Ausdruck über die Befreiung der von der Wehrmachtsjustiz entronnenen Deser-



Foto: A. Fortunato

tierten. Wir erinnern auch daran, dass es durchaus eine moralische Pflicht gibt, zu desertieren angesichts von verbrecherischen Kriegen“. Dabei berichtete sie von Ludwig Baumann, der 1942 in Frankreich aus der Wehrmacht desertierte und gefangen genommen wurde. Die von ihm 1990 mitgründete Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz kämpfte u. a. für die Aufhebung von Unrechtsurteilen gegen Deserteure. Eine vollständige Rehabilitierung wurde erst 2002 mit dem Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege erreicht. **r. a.**

## ◀ **Aus unserer Postmappe**

### Zum Leserbrief von Dieter Schäfer in Impulse 5/2023

Mit den von Dieter dargestellten Positionen stimme ich überein, gestatte mir aber folgende Bemerkungen:

Offensichtlich fällt es heutzutage vielen Bürgern, darunter auch Mitgliedern unserer Partei, schwer, Sachverhalte historisch und politisch einzuordnen. Das ist von den meisten politischen Parteien auch so gewollt, wird u. a. durch mangelnde politische und schulische Bildung sowie einseitige Berichterstattung begünstigt. Da muss man sich dann auch nicht über die Kriegsbesoffenheit mancher Bürger, darunter führende Politiker, wundern.

Um die heutigen Geschehnisse, besonders den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine zu verstehen, muss man nach meiner Auffassung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurückgehen. Die Politik, insbesondere der USA, wollte auch damals schon verhindern, dass Deutschland und Sowjetrußland zusammenarbeiten. Deutlich wird das für die damalige Zeit am 1922 abgeschlossenen

Vertrag von Rapallo.

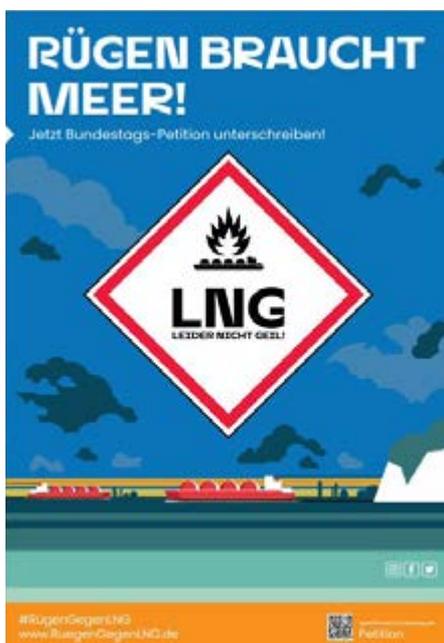
Der deutsche Kanzler Wirth und sein Außenminister Rathenau unterschrieben einen Vertrag mit Sowjetrußland. Damit durchbrachen beide Staaten ihre internationale Isolierung, hebelten für sich gegenseitig den Versailler Vertrag aus und arbeiteten bis Anfang der 30iger Jahre auf vielen Gebieten eng zusammen. Das war maßgeblichen Kreisen in den USA aber auch in Frankreich und in Großbritannien von Anfang an ein Dorn im Auge, weil es ihre imperialen Machtansprüche einschränkte.

Nun kann man die Situation in den zwanziger Jahren nicht eins zu eins mit der heutigen vergleichen. Aber es gab bis etwa 2012 Ansätze einer engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland, unabhängig vom Diktat Washingtons. Sie bezog sich nicht nur auf den Energiesektor, sondern auch auf viele andere wirtschaftliche Bereiche wie Wissenschaft, Kunst, Kultur, Jugendaustausch. Diese Zusam-

menarbeit stand den Weltmachtansprüchen der USA - so wie Anfang des 20. Jahrhunderts - im Wege. Deswegen wurde sie systematisch, beginnend weit vor dem nicht zu rechtfertigenden russischen Angriff auf die Ukraine, bekämpft.

Unter den dargelegten Gesichtspunkten sehe ich aktuell unsere Aufgabe als Linkspartei darin, sich den daraus resultierenden Entwicklungen entgegenzustellen. Dazu gehört das Engagement für ein schnelles Schweigen der Waffen, die Einstellung von Waffenlieferungen an die Ukraine und den unverzüglichen Beginn von Verhandlungen. Gleichzeitig sollten wir immer wieder die gefährliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA und der durch sie dominierten NATO anprangern, die unseren nationalen Interessen entgegensteht und stattdessen für ein Europa der friedlichen Zusammenarbeit unter Einschluss Rußlands und der Ukraine eintreten.

*Lutz Amsel*



### Gegen LNG-Terminal

Trotz starken Widerstands aus breiten Teilen der Bevölkerung will die Bundesregierung an ihrem Plan festhalten und den umstrittenen LNG Terminal Rügen bauen. Hier geht es nicht nur um einen Schandfleck. Es geht um eine immense Umweltgefährdung. Warum soll er trotzdem entstehen? Weil eine kleine, machtgierige Clique ihre Fehler nicht eingestehen will bzw. was viel schlimmer ist, eigene Interessen vor den Interessen der Allgemeinheit stellt. Deshalb ist es wichtig die Petition gegen den Bau des Terminals im Internet

zu unterschreiben und damit klar zu machen, dass wir nicht mehr bereit sind, stillzuhalten. Denn es geht um mehr, es geht um die friedliche Zukunft und um den Erhalt unserer Umwelt.

*Carsten Wenzel*

#### **Spenden für DIE LINKE.**

Wer unseren Kreisverband unterstützen will:

DIE LINKE. MOL,  
Sparkasse Märkisch-Oderland,  
DE 97 1705 4040 3008 0274 49.

## ◀ Zeitzeugen

# Früherer Generalinspekteur Kujat: Waffen bringen der Ukraine keinen Frieden

Bei den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland im März 2022 habe eine gute Chance auf einen raschen Frieden bestanden, sagte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Generalmajor a. D. Harald Kujat in einem Interview, das im März 2023 in der Zeitschrift Emma erschien. „Russland hatte sich in den Istanbul-Verhandlungen offensichtlich dazu bereit erklärt, seine Streitkräfte auf den Stand vom 23. Februar zurückzuziehen. Die Ukraine hatte sich verpflichtet, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und keine Stationierung ausländischer Truppen oder militärischer Einrichtungen zuzulassen. Dafür sollte sie Sicherheitsgarantien von Staaten ihrer Wahl erhalten. Die Zukunft der besetzten Gebiete sollte innerhalb von 15 Jahren diplomatisch, unter ausdrücklichem Verzicht auf militärische Gewalt gelöst werden.“ Dieser für die Ukraine positive Friedensschluss wurde laut Kujat vom damaligen britische Premierminister, Boris Johnson, verhindert. Nach zuverlässigen Informationen habe dieser am 9. April in

Kiew interveniert und eine Unterzeichnung verhindert. „Seine Begründung war, der Westen sei für ein Kriegsende nicht bereit.“ Kujat kritisierte die Rolle der deutschen Medien, die diese Möglichkeit eines frühen Friedensschlusses verschwiegen hätten.

Unrühmlich sei auch die Haltung Deutschlands in Bezug auf „Minsk 2“, das die territoriale Integrität der Ukraine zum Ziel hatte. Die damalige Bundeskanzlerin Merkel habe inzwischen eingestanden, dass es bei Minsk 2 seitens der westlichen Partner nie um Frieden, sondern lediglich darum gegangen sei, der Ukrai-



ne Zeit zur Aufrüstung zu verschaffen. Kujat bezeichnete das als „Völkerrechtsbruch“. Und er äußerte die Ansicht: „Nicht wegdiskutieren kann man allerdings, dass die Weigerung der ukrainischen Regierung (...), das Abkommen umzusetzen, noch wenige Tage vor Kriegsbeginn einer der Auslöser für den Krieg war.“ Zur Frage von deutschen Waffenlieferungen sagte Kujat, dass die Medien und vermeintliche „Experten“ die Politiker vor sich hertrieben. Waffenlieferungen würden nicht zum Sieg führen können, sondern zur immer weiter gehenden Zerstörung der Ukraine und einer Zunahme der Opfer. Die Diskussion in Deutschland sei von politischer und militärstrategischer Naivität getragen, so der frühere Generalmajor. Die Ziele seien nicht klar formuliert, es mangle an Sachverstand. Die Diskussion würde in den USA wesentlich rationaler und aufgeklärter geführt werden.

Der Ukrainekrieg sei nicht nur eine militärische Auseinandersetzung. Er sei auch ein Wirtschafts- und ein Informationskrieg.

## Wie wäre eine 4-Tage-Woche?

Weniger Arbeitszeit, gleiches Gehalt? Immer mehr Betriebe in Deutschland überlegen, die 4-Tage-Woche zu testen. Die IG-Metall will in der Stahlindustrie mit der Forderung bei vollem Lohnausgleich in die kommende Tarifrunde gehen. Das wäre ein großer Fortschritt für Lebensqualität und Gesundheit der Beschäftigten. „Wir unterstützen die Forderung“, sagt Susanne Ferschl, Mitglied der Bundestagsfraktion

DIE LINKE. „Kürzere Arbeitszeiten sind ein sinnvolles Instrument, um Beschäftigung zu sichern. Da der Lohnausgleich entscheidend ist, ist es unerlässlich, dass sich die Beschäftigten für selbstbestimmte kürzere Arbeitszeiten zusammenschließen und für deren kollektive Durchsetzung auf tariflicher Ebene streiten!“

Wer 4 statt 5 Tage arbeitet und dann 3 Tage Zeit für Familie, Haushalt und Hobbys hat, ist nicht

nur motivierter und seltener krank, sondern auch produktiver, zeigte kürzlich eine große Studie aus England. Von den 61 teilnehmenden Firmen wollen 56 die 4-Tage-Woche beibehalten. Die meisten konnten ihre Produktivität steigern oder mindestens halten. Gleichzeitig wachse die Zufriedenheit bei den Beschäftigten und die Zahl der Fehltage sei um 65 Prozent gesunken, was wiederum die Arbeitgeber freut.

**Bürgerbüros****Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

**Geschäftsstellen****Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

**Strausberg**

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 - 12.30 Uhr

**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

**Nächste Ausgabe****Redaktionsschluss: 16. Juni 2023****Erscheinen: 1. Juli 2023****IMPRESSUM**

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

## ◀ **Treffpunkt Große Straße 45**

**Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.**

**Gemeinsames Frühstück** – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

**DIE LINKE hilft bei Technik: Computer, Handy, Geräte**

jeden 3. Sonntag im Monat, 11–13 Uhr vor Ort oder per Video: [bit.ly/03341](https://bit.ly/03341)

**DIE LINKE hilft:**

**Kostenlose Rechtsberatung**

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

### **Linksfraktion des Kreistages**

- Beratung 7. Juni, 18 Uhr, Kreisgeschäftsstelle
- Im Anschluss an Sommerklausur, Veranstaltung des kommunalpolitischen forums:

**„Ursachen und Lösungen des Ukraine-Krieges“**

mit dem Wirtschaftsexperten Kai Kleinwächter:

**1. Juli, 12.30 Uhr,**

Schloss Trebnitz, Platz d. Jugend 6, 15374 Müncheberg

### **Mandatsträgertreffen zu Wahlen 2024**

Linksfraktion und kommunalpolitisches forum Brandenburg laden Kommunalvertreter\*innen mit Blick auf 2024 zum

**Informations- und Erfahrungsaustausch ein:**

**10. Juni, von 10 – 15 Uhr, Landtag,**

Am Alten Markt 1, 14467 Potsdam, Raum 2.050.

Anmeldung:

[veranstaltungen@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:veranstaltungen@linksfraktion-brandenburg.de)

## **Breites Bündnis am 1. Mai in Strausberg**



Fragen zu Mieten, Preisen, Löhnen, Pflegenotstand und Panzern bestimmen das Gedränge am Stand der LINKEN am 1. Mai in Strausberg. Dazu verteilen Genoss\*innen Info-Flyer an viele interessierte Passanten des Maifestes in der Großen Straße

und kommen mit ihnen ins Gespräch. Und der Redebedarf der Menschen ist angesichts von Kriegen und Inflation groß.

Im Umfeld stehen Stände von DGB und ver.di, Grünen, dem Jugendprojekt horte, VVN-BdA und der SPD, die alle auch auf der kleinen Bühne des breiten gemeinsamen Maikomitees zum Tag der Arbeiterbewegung zu Worte kommen. Gianna Faust, vom Stadtvorstand formuliert es so: „Die Bedeutung des solidarischen Tages ist ungebrochen. Es lohnt sich, gemeinsam für die soziale Rechte der Menschen zu streiten. **r. a.**